Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Dönhoff 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe

76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt

Donnerstag, den 29. Dezember 1927

Nummer 1345

Dr. Bell über die Strafrechtsreform.

tu **Berlin**, 28. Dez. (Tel.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Bell, der zu den Mitarbeitern an dem neuen Strafgesetzbuch im Reichstagsausschuß gehört, hat eine ausführliche Darstellung der bisherigen Beschlüsse des Ausschusses veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: Aus der Gegenüberstellung des Entwurfes und der Ausschußbeschlüsse ergebe sich, welche Veränderungen der Ausschuß an der Vorlage vorgenommen habe. Die Erledigung mancher Streitpunkte und Anträge hätte auf das Einführungsgesetz, die Novelle zur Strafprozeßordnung und vor allem auf das Strafvollzugsgesetz verschoben werden müssen. Im ersten Abschnitt habe der Ausschuß in den §§ 6 und 7 die Anwendbarkeit der Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches bei einer Reihe der dort einzeln aufgeführten Delikte unter Hinzufügung des Vergehens des Auswanderungsbetruges eingeschränkt auf die gesetzlich festgelegte Voraussetzung, daß die Tat gerichtet war, gegen das Rechtsgut eines Deutschen.

Dr. Bell bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß es vereinten Bemühungen der zuständigen Abteilungen des Völkerbundes, der Interparlamentarischen Union und der kriminalistischen Vereinigungen, in nicht zu ferner Zeit gelingen möge, der internationalen Rechtszersplitterung auf kriminalistischem Gebiete ein Ende zu machen und die Kulturstaaten, die bisher ohne inneren Zusammenhang in grundverschiedener Ausgestaltung die schwierigen internationalen Strafrechtsprobleme durch eine keineswegs einwandfreie Gesetzgebung zu meistern versuchten, auf eine möglichst einheitliche Linie zusammenzuführen.

Die Bestimmungen des Entwurfs über die Strafarten (§§ 33 bis 39) mit Einschluß der neu eingeführten „Einschließung" habe der Ausschuß beibehalten und auch den Antrag auf Beseitigung der Todesstrafe durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt. Bei den mehrtägigen und mit lebhaften Auseinandersetzungen verknüpften Erörterungen über die Todesstrafe sei aber auch von Gegnern des Antrages auf deren sofortige Beseitigung nachdrücklichst die innere Abneigung gegen diese nur noch bei den schwersten Verbrechen des überlegten Mordes im Fall der Versagung mildernder Umstände anwendbare Strafart betont werden, mit dem Ausdruck der Erwartung, daß die unter dem Druck der Staatsnotwendigkeit und Volkssicherheit leider heute noch unvermeidbare Strafandrohung durch ruhigere Zeitentwicklung in Bälde entbehrlich werde, und daß in der Zwischenzeit bis zu ihrer Abschaffung das sorgsam auszugestaltende Begnadigungsgesetz weitestgehende Anwendung finden solle. Die Vorschriften der Vorlage über den bedingten Straferlaß (§§ 40 bis 45), mit Einschluß der Normierung der Probezeit, der Schutzaufsicht und der Anordnung der Vollstreckung der Strafe, kann im wesentlichen unverändert angenommen werden.

Der außerordentlich bedeutsame Abschluß über die Maßregeln der Besserung und Sicherung (§§ 55 bis 64), der durch die vorgesehenen Besserungs- und Sicherungsmaßnahmen eine vollständige Neuerung in das St.-G.-B. hineinbringe und zu den wichtigsten Bestandteilen der modernen Strafrechtsreform gehöre, lasse in Form von knappen Noten nicht einmal den notwendigsten Überblick über die Bedeutung der Vorlage und der vom Ausschuß getroffenen Änderungen geben. Aufgabe tiefschürfender Abhandlungen müsse es sein, in diese in die gesamte Strafrechtswissenschaft und Praxis tiefeinschneidende Materie einzudringen und zu den Ausschußbeschlüssen kritisch Stellung zu nehmen. In dem Abschnitt über die Verjährung (§§ 79 bis 85), wurde die Verjährungsfrist sowohl bei Strafverfolgung wie bei Strafvollstreckung für Todesstrafe und lebenslange Freiheitsstrafen von 20 Jahren auf 30 Jahre ausgedehnt.

Die Fuldaer Bischofskonferenz zu den Konkordats-Verhandlungen.

w **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) **Die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinten Oberhirten haben beschlossen, eine Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben, in der es heißt: Die staatliche und kirchliche Autorität sind je auf ihrem Gebiete selbständig. Daraus folgt von selbst, daß in Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur sind, und die die Rechts- und Aufgabengebiete beider Autoritäten berühren, die Verhältnisse durch eine Vereinbarung beider Autoritäten geordnet werden müssen. Das ganze katholische Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Neuordnung der Verhältnisse bei der keineswegs ein Eingriff in das Gebiet der staatlichen Selbständigkeit zu befürchten ist, durch Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl zu erfolgen hat. Es kann nicht zum Frieden dienen, wenn eine solche Neuordnung in der Weise angestrebt wird, die auf die Grundrechte der katholischen Kirche nicht geziemend Rücksicht nimmt.**

Preußen und die Reichsreform.

b **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) Der langjährige Vertreter Preußens im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Nobis, entwickelt in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" den preußischen Standpunkt zur Reichsreform. Er betont besonders stark die unitarische Einstellung Preußens, die schon in dem Beschluß der preußischen Landesversammlung vom 14. Dez. 1919 zum Ausdruck kam, an die Reichsregierung zu appellieren, sie möge noch vor Einbringung der endgültigen Reichsverfassung mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verbindung treten. Ferner erklärt Ministerialdirektor Nobis: „Als Staat zu verschwinden und in einem wirklich einheitlichen Deutschland aufzugehen, das will Preußen letzten Endes auch, aber es wünscht freilich auch, daß die anderen Länder den gleichen Weg mitgehen, denn sonst wäre es für Preußen ein Selbstmordstreich. Gefördert wird diese Entwicklung, wenn das Reich die ihm durch die Weimarer Verfassung gegebene Gesetzgebungskompetenz voll ausetzt und wenn es grundsätzlich und ausnahmslos sich auf den Standpunkt stellt, daß die Länder, die glauben, an ihrer eigenen Staatlichkeit festhalten zu müssen, diese auch restlos selbst zu bezahlen haben, unter keinen Umständen also Dotationen irgendwelcher Art, sei es mittelbar oder unmittelbar, seitens des Reiches zu erwarten haben. Dann wird sehr bald der Moment kommen, wo das Mißverhältnis zwischen der Organisation der deutschen Länder und den ihnen verbliebenen Kompetenzen so eklatant sein wird, daß sich die weitere Aufrechterhaltung von selbst verbietet und für die preußische Regierung kommt dann vielleicht der psychologische Moment, in dem es geboten erscheint, die eigene Verwaltung in die Hände des Reiches zu übergeben, ein Schritt, mit dem ohne weiteres der jetzige Aufbau des Reichsrats zusammenbrechen würde, so daß der preußische Schritt dann voraussichtlich die unmittelbare Nachfolge der meisten anderen Länder finden müßte.

Die Vorschußzahlungen für preußische Staatsangestellte.

tu **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) Da die Verhandlungen über die Neuregelung der Angestellten-Bezüge noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, hat der preußische Finanzminister zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister für die Januarzahlungen in einem Runderlaß Bestimmungen getroffen, die dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge lauten:

Angestellte, deren Vergütung wenigstens nach dem sechsten Grundvergütungssatz einer Vergütungsgruppe des preußischen Angestelltentarifs bemessen ist, erhalten zu den tarifmäßig berechneten Januar-Bezügen für den Monat geltende Vorschüsse wie folgt: Vergütungsgruppe 3—5: Verheiratete 20, Ledige 10 Mark, Vergütungsgruppe 6—9: Verh. 25, Led. 20 Mark, Vergütungsgruppe 10—12: Verh. 40, Led. 30 Mark, Vergütungsgruppe 13: Verh. 60, Led. 50 Mark.

Zu den Vorschüssen tritt kein örtlicher Sonderzuschlag. Die Vorschüsse sind grundsätzlich mit den für Januar 1928 fälligen laufenden Bezügen auszuzahlen, unterliegen, wie die übrigen laufenden Bezüge, dem Steuerabzug und sind bei Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen Angestellte, deren Vergütung nach einem der ersten fünf Grundvergütungssätze einer Vergütungsgruppe des preußischen Angestelltentarifs bemessen ist, erhalten für Januar keinen Vorschuß mehr. Jugendliche und nicht voll beschäftigte Angestellte, sowie Lehrlinge, erhalten keinen Vorschuß.

Am Mittwoch nachmittag wurden die Verhandlungen zwischen dem preußischen Finanzminister und den Vertretern der preußischen Staatsangestellten und -Arbeiter über deren Besoldungsneuregelung wieder aufgenommen. Die neuerliche provisorische Regelung ist erforderlich geworden, weil entgegen den ursprünglichen Erwartungen die Verhandlungen über die Besoldungsreform noch immer nicht dem Abschluß nahe sind. Die endgültigen Erhöhungssätze der Staatsangestelltengehälter und Arbeiterlöhne werden im Prinzip der Beamtenaufbesserung angepaßt. Neu ist hierbei, daß für die Reform der Angestellten-Gehälter die alte Gruppenordnung aufrechterhalten bleibt. Es sind aber Bestrebungen im Gange, über kurz oder lang grundsätzliche Erörterungen über die Gehaltsregelung der staatlichen Angestellten und Arbeiter durchzuführen, mit dem Ziele, den Tarif völlig neu aufzubauen und ihn nur noch in ein loses Verhältnis zur Besoldungsordnung zu setzen. Im Augenblick soll aber zunächst eine Erhöhung der bisherigen Sätze zustande kommen.

Der Landtag wird sich mit dieser Materie nicht mehr zu befassen haben. Auch im Reich sind die Verhandlungen mit den Angestellten und Arbeitern noch nicht abgeschlossen. Dort werden sie nach der Weihnachtspause erst am Donnerstag weitergeführt. Im übrigen ist aber im Reich zum 1. Januar eine Vorschußzahlung analog der preußischen Regelung beabsichtigt.

Der Ersatz der Reichswehr.

b **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) Zur Regelung der Ersatzfrage bei der Reichswehr ist eine neue Verordnung des Reichswehrministeriums erschienen, die vom Reichspräsidenten gegengezeichnet wurde. Nach Angaben des Demokratischen Pressedienstes liegt die Ergänzung des Heeres bei den Wehrkreiskommandos. Als Werbestellen sind jedoch die Truppenteile anzusehen. Sie dürfen, um Freiwillige zu ermitteln, nichtpolitische Vereine und andere gemeinnützige Einrichtungen benutzen. Die Wehrkreiskommandos sollen beim Veröffentlichen von Werbeaufrufen Blätter aller Richtungen, soweit sie nicht die bestehende Staatsordnung ablehnen, gleichmäßig berücksichtigen. Jedoch ist der Kreis der Blätter, in deren bezahlte Aufrufe erscheinen können, aus Kostengründen beschränkt. Die Werbungen sollen in der Regel zum 1. Januar und zum 1. Juli für die jeweils nächsten Einstellungstage (1. April und 1. Oktober), beendet sein. Von der Werbung ist u. a. ausgeschlossen, wer an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf eine Änderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren; es wird ein polizeiliches Führungs- und Leumundszeugnis verlangt, in dem die Behörden feststellen, ob der Bewerber sich in verfassungsfeindlichem Sinne betätigt hat. Das Einziehen von Erkundigungen bei Personen, die in politischen Vereinen führend tätig sind, oder die staatsfeindlichen Parteien angehören, ist zu unterlassen. Als Annahme-Offiziere sind ältere Offiziere, mindestens Oberleutnants, auszuwählen, die Menschenkenntnis besitzen und alle einschlägigen Bestimmungen kennen. Dem Einzustellenden ist zu eröffnen, daß er binnen 10 Tagen nach seiner Einstellung den Eid auf die Reichsverfassung abzulegen hat, widrigenfalls die Einstellung nichtig ist.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit.

+ **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielte. Die Zahl der Hauptunterstützungs-Empfänger in der Arbeitslosen-Versicherung stieg von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 v. H. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 v. H. Die Zahl der Krisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 v. H. zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbsl. ist somit von 750 000 auf rund 1 Million gestiegen. (Davon 150 000 Frauen). **Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 v. H.**

Rheinlandräumung und Vertragsrevision.

s **Berlin**, 28. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Die Frage der Rheinlandräumung und Vertragsrevision spielte, wie wir in unserer Mittwoch-Abendausgabe bereits mitteilten, auf dem Kongreß der französischen Sozialisten eine große Rolle. Während der bekannte Abgeordnete **Leon Blum** über das Parteiprogramm und die in ihm enthaltene Forderung einer internationalen Politik, deren Hauptpunkt das Friedensproblem, Revision der Friedensverträge und sofortige Räumung des Rheinlandes sei, sprach, äußerte sich der Abgeordnete Paul Boncour gegen diese Vorschläge, die er geradezu als Unglück bezeichnete. Er verwies dabei auf die Beschlüsse der sozialistischen Internationale in Luxemburg, die in Übereinstimmung mit den deutschen Sozialdemokraten gefaßt worden seien und die die Räumungsfrage der Sicherheitsfrage unter der Bedingung unterordneten, daß vorher in der geräumten Zone eine internationale Kontrolle eingerichtet sein müsse. Inwieweit die Zusage der deutschen Sozialdemokraten zutrifft, können wir im Augenblick nicht feststellen, wir halten es aber von unserem Standpunkt aus für inopportun, eine derartige internationale Kontrolle einzurichten. Nach dem Friedensvertrag geht nach Beendigung der Besetzungszeit die Kontrolle auf den Völkerbund über. Nun hat inzwischen Deutschland durch den Sicherheitspakt so reichlich Garantien geboten, daß man es nicht verstehen kann, daß die französische Regierung an dieser Rheinlandbesetzung festhält, daß man es aber noch weniger versteht, daß die Sozialdemokraten im Hinblick auf den Locarnovertrag eine derartige Politik mitmachen wollen. Nun wäre an und für sich diese Äußerung Paul Boncours nicht so ernst in die Wagschale zu werfen, wenn er nicht den Beifall des Kongresses gefunden hätte. Man sieht daraus, daß auch selbst in den gemäßigten Kreisen Frankreichs — allerdings kann Paul Boncour selbst nicht dazu gerechnet werden, da er schon stets mehr zur militaristischen Rechten neigt, wie zu den Sozialisten — der Gedanke von der Furcht vor der deutschen Revanche eine nicht geringe Rolle spielt. Um so bedauerlicher ist es, wenn jetzt wieder in der deutschen Linkspresse an dem Haushalt des Reichswehrministeriums eine so weitgehende Kritik geübt wird, die im Auslande unliebsames Aufsehen erregen muß. Und daß sie das tut, zeigen am besten die Ausführungen des „Journal des Debats", das mit einer gewissen Freude unter Berufung auf die in der deutschen Presse erschienenen Artikel sich des Budgets der Obersten Heeresleitung annimmt. Das Blatt glaubt sogar eine Verletzung des Friedensvertrages feststellen zu können dadurch, daß es die schon so alte aber bisher nie bewiesene Behauptung von der Wiederherstellung des Großen Generalstabes erneut aufwärmt, der bekanntlich nach Artikel 160 des Versailler Vertrages verboten ist. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn das Mißtrauen in Frankreich nicht schwinden will, wenn stets wieder durch die Oppositionspresse, und zwar Blätter wie die „Frankfurter Zeitung", das „Berliner Tageblatt" u. a., die ja im Auslande sehr viel gelesen und ausgeschlachtet werden, diesem Mißtrauen durch eine solch übertriebene Kritik neue Nahrung gegeben wird. Auch in der Kritik kann man, selbst wenn sie noch so objektiv gehalten sein mag, des Guten zu viel tun und mehr Schaden als Nutzen anrichten. Das zeigen die Ausführungen des französischen Blattes zur Genüge. Die französischen Militärs und Poincaré, benutzen viel zu gern derartige Winke aus Deutschland, um für ihre Politik unter Berufung auf diese deutschen Kronzeugen neue Stützen zu erhalten. Und wenn der Außenminister Briand auch noch so versöhnlich sein möchte, so wird ihm sein Werk immer von neuem erschwert und leider zum Teil durch derartige Auslassungen der deutschen Presse.

Aus aller Welt.

Presse-Empfang an Bord des Kreuzers „Berlin".

= **Rom**, 28. Dez. Am Bord des Kreuzers „Berlin" fand heute ein Empfang der Genueser Presse statt. Die Journalisten besichtigten mit großem Interesse die Einrichtungen des Schiffes. Kapitän Kolbe hielt eine kurze Rede, in der er seinen Dank für die freundschaftliche Aufnahme in Genua aussprach und ein Hoch auf den König von Italien und die italienische Marine ausbrachte.

Zu den letzten Haussuchungen bei den elsässischen Autonomisten.

‡ **Straßburg**, 28. Dez. (Tel.) Ein großer Teil der elsässischen Presse verhält sich skeptisch gegenüber der Behauptung, die bei den Haussuchungen am 24. Dezember beschlagnahmten Dokumente enthielten Beweise dafür, daß die Bewegung der elsässischen Autonomisten mit fremdem Gelde finanziert werde. Von den betreffenden Blättern wird dabei darauf hingewiesen, daß bisher nicht genügend Zeit zu einer abschließenden Untersuchung gewesen sei. Im Zusammenhang damit wird die Mahnung zu vorsichtiger Beurteilung des Ergebnisses der Haussuchungen immer häufiger und eindringlicher. Ob die beschlagnahmten Dokumente rechtliche Anhaltspunkte für eine Strafverfolgung enthalten, steht noch dahin.

Finnlands Außenpolitik.

w **Helsingfors**, 28. Dez. (Tel.) In einem Interview mit Pressevertretern versicherte der Minister des Äußern, Procope, es sei keine Veränderung der Außenpolitik zu erwarten. Er sei bestrebt, eine, vom fremden Einfluß freie selbständige Politik zu treiben, unter Berücksichtigung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen besonders zu Staaten, mit denen Finnland durch Interessengemeinschaft wie mit Nachbarstaaten verbunden sei. Finnland wolle als Mitglied des Völkerbundes an dessen positiver Aufbauarbeit teilnehmen. Sodann dementierte der Minister des Äußern das Gerücht von der Teilnahme Finnlands an einem Block gegen Rußland; aus sachlichen Gründen beabsichtige er, zu Rußland freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Großes Reinemachen in der kommunistischen Partei Rußlands.

tu **Kowno**, 28. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Zentralkontrollkommission den Ausschluß von 18 Mitgl. der weißrussischen kommunistischen Partei, denen vorgeworfen wird, mit der Trotzkischen Opposition zusammengearbeitet zu haben, bestätigt. Halbamtlichen Mitteilungen zufolge sind innerhalb von vier Monaten 1117 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden. Weitere Ausschlüsse stehen bevor. Auch die diplomatischen Handelsvertretungen im Ausland sollen auf Grund eines Beschlusses der Zentralkontroll-Kommission von oppositionellen Elementen gesäubert werden.

Wieder eine neue Verschwörung in Portugal aufgedeckt.

tu **London**, 28. Dez. (Tel.) Nach Meldungen aus Lissabon sind zahlreiche portugiesische Armee- und Marineoffiziere wegen einer Verschwörung gegen die portugiesische Regierung verhaftet worden. General Norton de Mattos, früherer portugiesischer Gesandter in London, der in dem Verdacht steht, die Verschwörung angezettelt zu haben, ist nach den Azoren verbannt worden.

Der Parlamentskonflikt in Oklahoma dauert an.

tu **Newyork**, 28. Dez. (Tel.) Der Parlamentskonflikt in Oklahoma hat eine neue Verschärfung erfahren, insofern als das Kapitol von Truppen besetzt worden ist. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Kongreßmitglieder beabsichtigen, ohne Erlaubnis des Gouverneurs zu tagen.

Wilburs Rücktritt gefordert.

b **Berlin**, 28. Dez. (Tel.) Wie ein Berliner Spätabendblatt aus Newyork meldet, sind im Zusammenhang mit dem Untergang des U-Bootes S. 4. gegen Marinestaatssekretär Wilbur und die Marinebehörden überhaupt von dem demokratischen Mitglied des Repräsentantenhauses, M. Black, schwere Vorwürfe erhoben worden. In einer Entschließung haben Black und seine Anhänger angesichts des Unterganges von S. 4 eine genaue Prüfung der gesamten Marine-Angelegenheiten durch den Konareß gefordert. In der Entschließung wird Wilbur als vollkommen unfähig zur Leitung der Geschäfte der Marine hingestellt und seine Politik als ein vollkommener Fehlschlag bezeichnet. Zum Schluß wird die Forderung aufgestellt, Wilbur zum Rücktritt zu veranlassen und eine Reorganisation der Marineleitung durchzuführen.

Kurze Nachrichten.

Das Mitglied der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, Dr. Stemmler-Ems, ist in den Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes gewählt worden.

Auf Antrag der rumänischen Regierung hat die Reichsregierung für den neuen rumänischen Gesandten in Berlin, Petrescu Comene, das Agrement erteilt.

Der Papst empfing den deutschen Botschafter beim Päpstlichen Stuhl, Dr. von Bergen, der die Glückwünsche zum Jahreswechsel überbrachte.

Die Lage in China.

In Südchina scheint der General Tschiangkaischek die Lage zu beherrschen. Es hat nicht den Anschein, als wenn ihn die heftigen Drohungen des Moskauer Außenministers Tschitscherin allzusehr bekümmerten. Er wird wissen, daß die Moskauer Regierung keinen kostspieligen Krieg führen darf, wenn sie nicht ihre Existenz gefährden will, und sich damit begnügen, die russischen Drohungen durch Veröffentlichung der in den aufgehobenen russischen Konsulaten gefundenen Dokumente moralisch zu unterhöhlen. Daß die Russen die südchinesische Nationalbewegung für die Zwecke ihrer Weltrevolutionsideen ausnutzen wollen, steht ohnehin fest, und Rußland seinerseits weiß auch sehr genau, daß ein Versuch offener Gewaltmaßnahmen gegen den General Tschiangkaischek diesem die Unterstützung Englands sichern würde. Es bleibt allerdings die Möglichkeit von Repressalien gegen Südchinesen auf russischem Gebiete. In der Anwendung von Repressalien sind die Russen immer Meister gewesen. Aber ihr Eindruck dürfte auf die chinesische Bevölkerung kaum so groß sein, wie sie in den empfindlicheren europäischen Staaten zu wirken pflegen.

Neuerdings heißt es, daß die Südarmee einen neuen Vormarsch nach Norden begonnen habe. Man muß solcher Nachricht etwas mit Mißtrauen gegenüberstehen, weil einmal die Ordnung in Südchina noch nicht völlig wiederhergestellt sein kann, und das wäre doch die Voraussetzung für einen solchen Vormarsch, wenn er Erfolg verbürgen soll. Dann aber auch deshalb, weil Tschiangkaischek zunächst auf japanisches Interessengebiet stoßen würde. Sein erster Versuch über den Yangtsefluß vorzudringen, im Frühjahr dieses Jahres, ist bekanntlich gescheitert. Und gerade deshalb, weil die Gegenmaßnahmen des Nordgenerals Tschangtsolin von den Japanern unterstützt worden sind. Der geschlagene Tschiangkaischek mußte, zumal er in seinem Rücken Revolution entstanden war, seinen Oberbefehl niederlegen, und ist dann merkwürdigerweise nach Japan geflüchtet.

In Japan herrscht die Tanakaregierung, die allerdings die Interventionspolitik des vorausgegangenen Kabinetts Sejukai nicht wiederholen möchte, zumal die japanische Gesandtschaft in Peking ebenfalls widerrat. Es heißt, daß es den Japanern gelungen sei, sowohl mit der Tschangtsolin-Armee wie mit der Südarmee Tschiangkaischeks feste Abmachungen zu treffen, in denen der Schutz und die Unantastbarkeit der japanischen Niederlassungen gewährleistet werde. Möglicherweise ist der Aufenthalt Tschiangkaischeks in Japan zu solchen Vereinbarungen benutzt worden. Wenn die Generäle Tschangtsolin im Norden und Tschiangkaischek im Süden in ihren Gebieten einigermaßen Ordnung geschafft hätten, so könnte man wohl sagen, daß jetzt der Entscheidungskampf zwischen Süd und Nord um die Herrschaft in China bevorstände.

Inzwischen meldet aber der Daily-Telegraph aus Tokio, daß die Verständigung, die Japan inzwischen mit Tschiangkaischek wie mit Tschangtsolin gefunden habe, wahrscheinlich die Grundlage für eine japanische Vermittlungspolitik zwischen Nord und Süd abgeben werde. Auch hätten die übrigen Mächte, einschließlich Deutschlands und Rußlands, die Chinesen ermahnt, während des Winters die Feindseligkeiten einzustellen, damit inzwischen neue Verhandlungen über Verträge sowie über Kredite begonnen werden könnten. **Im Verlaufe des letzten Jahres hat das Vertragssystem Chinas mit den europäischen Mächten bereits sehr weitgehende Veränderungen erfahren.** Deutschland hat bekanntlich bereits durch den Versailler Vertrag auf seine Sonderrechte Verzicht leisten müssen, das bolschewistische Rußland hat es aus freien Stücken getan, Belgien ist zu Beginn dieses Jahres freiwillig nachgefolgt und Spanien und England haben neue vorläufige Verträge geschlossen. Die Washingtoner Regelung des Zollwesens haben sämtliche chinesischen Generäle einseitig aus eigener Machtvollkommenheit und nach eigenem Gutdünken umgeändert. Man möchte wohl meinen, daß jetzt, wo in Süd- und Nordchina verhandlungsfähige Regierungsgewalten bestehen, die Westmächte den Zeitpunkt für gekommen halten sollten, den Frieden in China, soweit es in ihren Kräften liegt, wiederherzustellen. Wenn auch ein sofortiger und völliger Verzicht der Mächte auf ihre alten Sonderrechte in China wegen des Mangels an einer klaren und geordneten Verwaltungspraxis nicht ganz einfach sein dürfte, so läßt sich doch erkennen, daß die Zeiten für solche Privilegien ihrem Ende zustreben. Allerdings haben England, Japan, die Vereinigten Staaten und Rußland, auch Italien und Frankreich, ausnahmslos ihre bestimmten Sonderabsichten mit der chinesischen Interessensphäre. Aber man kann auch sagen: So wie die Dinge jetzt liegen, bildet China für alle Staaten nur ein großes Verlust- und Unkostenkonto, dessen schleunige Vereinigung dringendes Gebot wäre. Der Norden Chinas ist von den Wirren der letzten Jahre verhältnismäßig wenig behelligt worden. Hier scheinen denn auch bereits wichtige Verhandlungen Tschangtsolins über das Eisenbahnnetz der Mandschurei mit Japan und Rußland vor dem Abschluß zu stehen.

Zahlreiche Kommunisten-Verhaftungen in Peking.

♂ **Peking**, 28. Dez. (Tel.) Wie die chinesische Telegraphen-Agentur mitteilt, wurden gestern von der Pekinger Polizei zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten wird mit über 60 angegeben. Auch in der nördlichen Mandschurei wurden Verhaftungen vorgenommen. Als Grund für dieses Vorgehen wird angegeben, daß die Kommunisten einen neuen Putsch in der Nähe von Peking beabsichtigt hätten.

In der Provinz Schantung werden neue große Unruhen erwartet. Sämtliche chinesischen und ausländischen Banken haben ihre Filialen in der ganzen Provinz geschlossen. Die in Schantung ansässigen Japaner fordern sofortiges Eingreifen der japanischen Regierung.

Missionare aus den Händen chinesischer Piraten befreit.

‡ **London**, 28. Dez. Nach Meldungen aus Hongkong hat der britische Zerstörer „Seraph" eine Reihe von ausländischen Missionaren und Schwestern befreit, die von chinesischen Piraten nach Swabue verschleppt worden waren. Auf die Nachricht von der Verschleppung der Missionare hatte sich seinerzeit der katholische Bischof von Hongkong an die britischen Behörden um Hilfe gewandt. Hierauf wurde der Zerstörer „Seraph" entsandt, der gestern abend in Swabue eintraf. Einer Landungsabteilung wurde die Auslieferung der Gefangenen zunächst verweigert, später wurden sie jedoch ausgeliefert, ohne daß ein Schuß gefallen wäre.

Poincarés Bemühungen um ein gemeinsames Wahlprogramm der Regierung.

‡ **Paris**, 28. Dez. Ministerpräsident Poincaré hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Mitglieder seines Kabinetts auf ein gemeinsames Programm für den Wahlkampf zu einigen. Nach Meldungen der Pariser Presse fand gestern eine gemeinsame Besprechung zwischen Poincaré und den linksgerichteten Mitgliedern des Kabinetts Briand, Painlevé, Herriot und Sarraut statt. Die rechtsstehenden Minister waren zu der Besprechung nicht geladen worden. Die „Liberté" will wissen, daß Poincaré dabei den radikalen und republikanisch-sozialistischen Ministern in großen Zügen sein Programm entworfen habe, das auf die Erhaltung des politischen Burgfriedens abziele.

In einer der kommenden Kabinettsbesprechungen wird Poincaré seinen Standpunkt dem gesamten Kabinett unterbreiten.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 29. Dezember.

Erhöhung der Unverschrtheitsrente.

Der „Kyffhäuserbund" schreibt uns: Durch Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers ist die Unverschrtheitsrente mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab wie folgt neu festgesetzt. Gewährung erfolgt nur auf Antrag. Verlust eines Beines oder Armes 50 v. H., eines Unterschenkels 40 v. H., eines Fußes 30 v. H., des Unterarmes oder der ganzen Hand des Gebrauchsarmes 50, sonst von 3 oder mehr Fingern einschließlich des Daumen der Gebrauchshand 35 (30), des Daumens allein an der Gebrauchshand 25, der ganzen Kopfhaut (Skalpierung) 25, vollständige Erblindung eines Auges 25, Halbseitenblindheit (Hemianopsie) 40, eines Kiefers oder des größeren Teiles eines Kiefers (mehr als ein Drittel) 30, des Gaumens 25, aller Zähne 25, Verlust beider Ohrmuscheln 25 v. H. Erheblicher Gewebsverlust der Zunge mit schwerer Sprachstörung 30 v. H., Verlust des Kehlkopfes 50 v. H., völliger Verlust der Nase 50 v. H., Abstoßend wirkende Entstellungen des Gesichtes, die den Umgang mit Menschne erschweren 25—50 v. H., Verlust der Milz oder einer Niere 30 v. H., Verlust von drei oder mehr Fingern ausschließlich des Daumens der Gebrauchshand 30 v. H., sonst 25 v. H. — Neufeststellungen nach dieser geänderten Verordnung erfolgen nur auf Antrag und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1927, falls ein Antrag bis 31. März 1928 gestellt ist. Bei später gestellten Anträgen werden die Bezüge nach der abgeänderten Verordnung erst vom Antragsmonat ab gewährt. Die Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit allein wird nicht höher bewertet als eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 30 v. H. auch wenn mehrere Schäden zusammentreffen. Unter „Gebrauchshand" ist in der Regel die rechte zu verstehen.

Aus der Provinz Westfalen.

= **Corvey**, 27. Dez. (Die Eisenbahnbrücke über die Weser) hat die beiden großen Mängel, daß sie zu niedrig über dem Wasser liegt und auch durch ihre Pfeiler die Schiffahrt behindert. Für den Umbau sieht der neue Reichshaushaltsplan 330 000 Mark vor. Die Brücke soll um 1,02 Meter gehoben und ein Pfeiler ausgespart werden. Außerdem ist beabsichtigt, die alten Eisenteile auszuwechseln.

Weihnacht bei den Benediktinern in Gerleve.

Wir kamen von der weitab gelegenen Bahnstation; indem wir die weihnachtlich hellerleuchteten Straßen der Stadt durchschritten, fanden wir bald die Landstraße und zogen dann in die warme und dunkle Nacht hinein und in den leise fallenden Nebelregen. Als wir kurze Zeit gewandert waren, drehte sich jäh unsere Straße droben auf der Höhe, indes der suchende Blick dringt nicht wie sonst über die Täler hinweg bis zu den fernen Hügeln der Baumberge, er dringt kaum über die feuchtigen Kronen der Apfelbäume am Wege hinaus, die rasch im Grau verschweben, und nur ganz in der Ferne scheinen gelbflimmernd die Bogenlampen des Bahnhofes voll und groß durch die Nacht herüber.

Weiter geht unser Marsch, bis endlich ein Fußpfad abzweigt und sich senkt und dann schon aus Nebelwänden dunkel der Klosterwald uns entgegenwächst. Im Klosterhof drunten in der Niederung herrscht ein geschäftiges Leben. Autos surren heran, mächtige Scheinwerfer blitzen auf, und mit uns schreitet eine Menge Volk hinan wieder zum Kloster, dessen kantige Turmschäfte und Domwand sich vor uns im kalten Dämmerlicht mächtig erheben.

Drinnen in der Kirche aber leuchtete warmer heller Kerzenschein vom blumenbesetzten Hochaltar. Und bald kommen in ernstem, feierlichem Zuge die Klosterleute auf das Chor, zuerst die Zelebranten mit den Cantoren und dann der Abt selbst, paarweise gefolgt von den Mönchen. Dumpf und schwellend beginnt der Chorgesang.

Noch lag die Adventsstimmung über den Antiphonen und Psalmen der Vesper. Hoffnungsfrohe Erwartung sprach auch aus dem jubelnden Magnifikat, bis dann die Matutin das Festgeheimnis verkündet:

„Christus natus est nobis: Venite, adoremus".

Christus ist uns geboren; kommt und laßt uns anbeten!

Die Glocken hallen es über Land. Rauschend setzt die Orgel ein, und ihr voller Klang flutet über die schwarzen Kutten auf dem lichterfüllten Chor hin, gleitet die Pfeiler aufwärts über das Rankenwerk der gewürfelten Kapitelle und verebbt dann tosend in den ruhigstrengen Bögen des hohen Gewölbes. Und auch durch uns geht dieser Schall wie ein Strom und macht uns festlich froh und warm.

Die Nokturnen, in die Lesungen und Hymnen verwoben sind, spinnen in ergreifendem Wechselgesang den Weihnachtsgedanken weiter. Mit dem feierlichen Tedeum schließen dann die Christmetten ab, und es beginnt die heilige Opferfeier. „Mitten im kalten Winter, wohl zu der halben Nacht" singt leise die Orgel. Noch einmal steigert sich der Jubel in dem unaufhörlichen Benedicite der Laudes. Dann wird es ruhig und still und alle Gläubigen schreiten zur gemeinsamen Kommunion an den Altar.

Wieder klingt die Orgel auf, aber nun will das Volk nicht mehr schweigen, es will mittun, mitjubeln und so bricht es stark und gewaltig durch die weite Kirche:

„Stille Nacht, heilige Nacht . . ."

Als wir wieder ins Freie hinaus treten, bewegt und erfüllt von dieser gnadenvollen Nacht, da steht schwarz und riesengroß der Himmel über der Landschaft und über der ganzen weiten Erde, der heute das Christkind geboren ist.

Kirchliches.

Armenische Leiden.

Das Verfolgungselend der armenischen Kirchen und Christen ist in ganz Europa bekannt, denn kaum ein Volk hat in den letzten Jahrhunderten so um seinen Glauben leiden müssen, wie jene Armen in den äußersten Gebirgen Anatoliens. Die armenischen Kirchen, die unierten ebenso wie die katholischen, sind wahre Märtyrerkirchen geworden. Sie haben geblutet unter der türkischen Geißel. Heute ist in das Reich der Türken ein liberalerer Geist eingezogen. Aber Armenien leidet weiter. Seit Jahren seufzen sie schon unter der Knute des sowjetistischen Rußlands. Sie bilden zwar eine „selbständige Republik", aber die gesetzgebende, diktatorische Macht ist die Tscheka. Statt des religiösen Fanatismus der Moslem regiert die blutige Antireligiösität der Fanatiker Moskaus. Die im Frühjahr veröffentlichten Gesetze stürzten die ganze bürgerliche Ordnung. Keine religiöse Autorität wird mehr als solche anerkannt. Denn kirchliche Fragen gehören nach dem Geschmack der neuen Machthaber zu einer vollständig überwundenen Zeit. Die Kirchengüter sind enteignet, sind jetzt öffentliches Besitztum unter der Verwaltung der Lokalbehörden. Nur die von Etchmiradzin, dem Sitz des „Katholikates", wurden wegen ihres historischen Wertes vorläufig geschont. Religionsunterricht, öffentlich oder privat, ist verboten. Gott ist aus der Schule vertrieben. Unterstützung des Klerus mit finanziellen Mitteln, gleich unter welcher Form das geschehen mag, wird schwer bestraft.

Natürlich wehrte sich das Christentum gegen diesen Drakonismus seiner roten Gewalthaber. Aber weder der Zusammenschluß und das einstimmige Verlangen der Christen, noch die Schritte der Kirchenfürsten vermochten das geringste zu erreichen. Im Gegenteil, die Regierung schritt weiter. Im Monat Mai dieses Jahres bemächtigte man sich mit Gewalt des Konventes von Etchmiradzin und vertrieb die Bischöfe und die Mönche. Sie bemäntelten ihre Brutalität mit den bekannten Schlagworten: „Die Priester sind Gegenrevolutionäre", „Religion ist nur ein Deckmantel für politische Verbearbeit". Die Nachrichten kommen nur spärlich, wie überhaupt aus den Sowjetreichen, und dann sind es nur halboffizielle, tendenziöse Regierungsmeldungen.

Der Gesundheitszustand der preußischen Bevölkerung im Jahre 1927.

Die einzelnen Krankheiten. — Der Kampf gegen die Kinderlähmung. — Abnahme der Tuberkulose. — Schulärzte und Leibesübungen in d Schule.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium geschrieben:

Der Gesundheitszustand der preußischen Bevölkerung im Jahre 1927 war bisher verhältnismäßig günstig. Von großen Epidemien, wie sie z. B. das Jahr 1926 für Hannover brachte, sind wir fast ganz verschont geblieben.

Der Typhus hat nur an zwei Stellen größere Epidemien verursacht, nämlich in Glogau im Frühjahr, und im Kreise Münsterberg im Sommer. Die erste Epidemie, die auf infizierten Käse zurückzuführen war, umfaßte 175 Erkrankungen und 12 Todesfälle, die letztere, die sich durch Kontaktübertragung von Mensch zu Mensch über 17 Ortschaften ausbreitete, 155 Erkrankungen mit 14 Todesfällen. An dem größeren Umfang der letztgenannten Epidemie war in erster Linie schuld, daß die ersten Erkrankungen an Typhus in eine Zeit fielen, in der infolge von Überschwemmungen das an sich harmlose Schlammfieber in jener Gegend herrschte, und so die ersten Erkrankungen nicht als Typhus erkannt wurden.

Wie in den letzten Jahren traten dagegen gehäufte Erkrankungen an Fleischvergiftung in zahlreichen Fällen auf. Schuld an dieser Häufung sind zwei Momente: einmal der immer mehr zunehmende Genuß von rohem Fleisch, sodann aber das Inverkehrbringen minderwertigen Fleisches von notgeschlachteten Tieren. Wie weit auch die immer mehr zunehmende Auslegung von bakterienhaltigen Rattenvertilgungsmitteln an der Verbreitung infektionöser Erkrankungen unseres Schlachtviehs und damit an der Entstehung von Fleischvergiftungen schuld ist, ist noch nicht sicher festgestellt. Bei einer jüngst in Osnabrück beobachteten Fleischvergiftungsepidemie mit etwa 180 Erkrankungen konnte ein solcher Zusammenhang mit allergrößter Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden.

Die Ruhr, die im Kriege sehr gehäuft auftrat, ist in den letzten Jahren ganz außerordentlich zurückgegangen und nur während der heißen Sommermonate vereinzelt aufgetreten. Einige geringfügige Häufungen haben sich — wie auch früher wiederholt beobachtet wurde — auch im letzten Jahr wieder in einigen Irrenanstalten gezeigt, wie z. B. im Spätherbst d. J. in der Städtischen Irrenanstalt in Buch. Derartige Ausbrüche kommen dadurch zustande, daß in solche Anstalten Ruhrkeimträger unerkannt aufgenommen werden und dann gelegentlich zur Infektion ihrer Mitkranken Anlaß geben können.

Auch die Erkrankungen an Gelbsucht seien kurz erwähnt, die in den letzten Wochen in einer Schule in Bankow beobachtet wurden und als angeblich rätselhafte Krankheit die Öffentlichkeit grundlos beunruhigten. Es stellte sich heraus, daß sich von Anfang September bis Mitte November in dieser Schule im ganzen sieben (später ist die Zahl auf 17 gestiegen) Erkrankungen an katarrhalischer Gelbsucht ereignet hatten, eine geringfügige Häufung dieser bekannten und gemeinhin harmlosen Krankheit, die gelegentlich auch früher — während der schlechten Ernährungszeit — beobachtet wurde, aber keine ernsthafte Bedeutung hatte.

Die in der Nachkriegszeit beobachtete Abnahme der Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach kam vor zwei Jahren zum Stillstand. Seitdem nehmen diese Erkrankungen allmählich wieder zu. Eine bedeutendere Steigerung haben sie im letzten Jahre erfahren, so daß wir 1927 fast die doppelte Zahl von Scharlacherkrankungen zählen können wie im Jahre 1926. Im allgemeinen Verlauf aber waren beide Krankheiten bisher gutartig, so daß Todesfälle nicht im gleichen Maße angestiegen sind, wie die Erkrankungsfälle. Lediglich in Berlin und von hier verschleppt in einigen wenigen Städten, wie z. B. Kassel, ist die Diphtherie in einer bösartigen Form aufgetreten und hat bis zu 12 Prozent Todesfälle veranlaßt. Mit Rücksicht auf das Ansteigen der beiden Krankheiten hat man kürzlich bereits im Landesgesundheitsamt darüber beraten, wie der etwa drohenden Gefahr durch vorbeugende Schutzimpfungen entgegenzutreten ist.

In einigen Gegenden Preußens, besonders in den an den Freistaat Sachsen grenzenden Kreisen der Provinz Sachsen, ist auch die epidemische Kinderlähmung, hier offenbar von dem in Leipzig und Umgegend entstandenen Krankheitsherd verschleppt, gehäuft beobachtet worden. Immerhin ist die Zahl der Krankheits- und Todesfälle erheblich geringer als im Vorjahre. Da mit Eintritt kälterer Witterung die Krankheit erfahrungsgemäß nachläßt, so ist anzunehmen, daß für dieses Jahr die Gefahr einer weiteren Verbreitung überwunden ist.

Auch das Kindbettfieber zeigt noch immer eine verhältnismäßig hohe Zahl der Erkrankungen und Todesfälle. Dabei steht die Zunahme von Kindbettfieber nach verbrecherischer Abtreibung der Leibesfrucht im Vordergrund. Seitdem in den letzten Jahren die Meldungen der Erkrankungen und Todesfälle an Kindbettfieber nach Abtreibung der Leibesfrucht von denen nach regelrecht erfolgter Entbindung getrennt worden sind, zeigt sich immer mehr, daß die Todesfälle an Kindbettfieber nach Abtreibung einen weit höheren Prozentsatz (etwa das Doppelte) der Erkrankungen ausmachen, als bei Kindbettfieber nach normaler Entbindung.

In der Ausbreitung der Tuberkuloseerkrankungen, die seit den Kriegsjahren zu beobachten war, scheint ein Stillstand eingetreten zu sein. Seit 1926 beobachteten wir sogar eine geringe Abnahme der Tuberkuloseerkrankungen entsprechend ist auch die Zahl der Tuberkulosetodesfälle heruntergegangen. Zur energischeren Bekämpfung der Tuberkulose und zur zweckmäßigen Verteilung der hierfür bereitgestellten Geldmittel sind auf Veranlassung des Ministers für Volkswohlfahrt in allen Provinzen Arbeitsgemeinschaften zur Tuberkulosebekämpfung gebildet worden, die z. T. bereits ihre Tätigkeit mit gutem Erfolg aufgenommen haben.

Seit einigen Jahren wird auch in Preußen — namentlich unter den Schulkindern — eine deutliche Zunahme des Kropfes beobachtet, die von manchen Fachgelehrten auf einen Mangel an Jod im menschlichen Körper zurückgeführt wird. Nach dem Beispiel der Schweiz sind daher an verschiedenen Stellen Preußens Versuche mit künstlicher Zufuhr kleiner Jodmengen gemacht worden, denen gewiß Erfolge nicht abzusprechen sind. Einen endgültigen Schluß aus diesen Versuchen zu ziehen, ist jedoch noch nicht möglich; die Beobachtungen werden aber mit größter Aufmerksamkeit weiter verfolgt.

Die Versorgung der Schulkinder durch Schulärzte hat weiter an Umfang zugenommen. Es wird beabsichtigt, sie auch den höheren Schulen, die heute noch die schulärztliche Aufsicht entbehren, zuteil werden zu lassen.

Schließlich dienen der Förderung des Turn-, Sport- und Wanderwesens, das für die Kräftigung unserer Jugend und für die Gesunderhaltung des ganzen Volkes von größter Bedeutung ist entsprechende Maßnahmen der Medizinalverwaltung. Während die Pflege der Leibesübungen in den Schulen durch die Schulärzte mitüberwacht wird, werden die gesundheitlichen Fragen des Sportwesens — soweit sie die schulentlassene Jugend und die Erwachsenen angehen — von besonders hierfür ausgebildeten Sportärzten bearbeitet. Dem Landesgesundheitsrat und dem Ministerium für Volkswohlfahrt steht in diesen Fragen der Deutsche Ärztebund zur Förderung der Leibesübungen als Gutachterausschuß zur Seite.

Unwetter überall.

* **Die Schiffahrt auf der Unterelbe durch Eisgang behindert.**

△ **Glückstadt**, 28. Dez. Auf der Unterelbe bei Glückstadt ist die Schiffahrt durch das starke Treibeis sehr behindert. Selbst große Dampfer können sich nur mit Mühe ihren Weg durch die Eisschollen bahnen. Die Eisbrecher sind unausgesetzt damit beschäftigt, die Fahrrinnen offen zu halten. Große Scharen von Wildgänsen und nordischer Tauchenten beleben die vereiste Elbe.

* **Hochwassergefahr im mecklenburgischen Elbegebiet.**

Schwerin, 28. Dez. Wie der „Mecklenburgischen Zeitung" aus dem mecklenburgischen Elbegebiet gemeldet wird, besteht für die Dömitzer Gegend Hochwassergefahr. Das Wasser ist bereits auf 3,10 Meter gestiegen und hat Wiesen und Vorländereien schon überflutet. Bei Eintreten von Tauwetter und weiteren Eisstockungen ist Hochwasser in starkem Maße zu befürchten. Die Polizei angesichts der bedrohlichen Lage ununterbrochenen Fernsprechdienst angeordnet. Die Strombauverwaltung hat die Eiswache zum Dienst gerufen.

Die Verkehrsstörungen in Holland. — Mehrere Schiffe gestrandet.

Amsterdam, 28. Dez. In Holland herrscht seit zwei Tagen wieder strenger Frost. Auf dem Zuidersee sind die großen Eismassen durch den Ostwind teilweise auseinandergetrieben, so daß die Schiffahrt wieder in beschränktem Maße möglich ist. Der italienische Dampfer „Camporado", der gestern im Ärmelkanal im Sturm das Steuer verloren hatte und Notsignale gab, konnte von einem Schlepper nach langen Bemühungen in Sicherheit gebracht werden. Auf der Scheldе sind drei Schiffe gestrandet, ein belgisches Lachtschiff treibt auf der Nordsee. Der amerikanische Dampfer „Saccarappa" ist heute bei Hoek van Holland gestrandet. Der telephonische Verkehr mit verschiedenen Städten Nordhollands konnte heute noch nicht wieder hergestellt werden. Im Zugverkehr ereigneten sich große Verzögerungen. Der Pariser Zug traf gestern mit sechsstündiger Verspätung in Amsterdam ein.

* **Schwere Unwetterschäden auch in Portugal.**

△ **London**, 28. Dez. In verschiedenen Teilen Portugals haben Stürme und Überschwemmungen beträchtliche Schäden angerichtet. Nach Berichten aus Lissabon ist der Fluß Tejo in der Nähe von Lissabon innerhalb kurzer Zeit um vier Meter gestiegen. Der Duero-Fluß ist ebenfalls und zwar um fünf Meter gestiegen. In Nordportugal sind infolge Hochwassers zahlreiche Häuser eingestürzt. Der Sachschaden im ganzen Lande ist außerordentlich groß.

Immer noch Unwetterfolgen in England.

w **London**, 28. Dez. Obwohl es gelungen ist, die Folgen der letzten Schneefälle und des Sturmes in England in gewissem Grade zu beheben, ist der Verkehr noch außerordentlich behindert. Im Eisenbahnverkehr sind immer noch Verspätungen durch gefrorene Weichen und Signalanlagen zu verzeichnen. Einige Linien sind noch immer schneeverweht. Auch einige der hauptsächlichsten Landstraßen sind noch infolge Schneeverwehung unpassierbar. Die Straße von London nach Sevenoaks ist durch einen 15 Fuß hohen Schneewall gesperrt. Der frühere Landsitz des Herzogs von Wellington Standom Lordship ist durch einen Brand schwer beschädigt worden, da es der Feuerwehr des am nächsten gelegenen Ortes nicht gelang, die Brandstätte zu erreichen. Eine andere Feuerwehrabteilung mußte sich über eine Meile weit einen Weg durch die Schneeverwehungen graben, ehe sie am Brandplatz ankam.

Auf dem Kanal herrscht noch immer schwerer Sturm. Zwischen Dover und Calais konnten keine Dampfer verkehren. Eine Dampferlinie hatte den Versuch gemacht, mit zwei Dampfern die Verbindung Folkestone—Boulogne aufzunehmen. Beim Eintreffen des Dampfers „Engadine" in Folkestone, der 650 Passagiere aus Boulogne landete, wurde jedoch festgestellt, daß das Schiff infolge der erlittenen Beschädigungen für eine Woche außer Dienst gestellt werden muß. Gestern ist ebenfalls ein Dampfer bei dem Versuch, aus Dover auszulaufen beschädigt worden. Dagegen ist der Verkehr zwischen Newhaven und Dieppe und zwischen Southampton und Le Havre aufrechterhalten worden. Auch der Flugverkehr ist immer noch eingestellt.

Neue Kältewelle in Polen.

Warschau, 28. Dez. Seit gestern herrscht in ganz Polen erneut starke Kälte. Aus Wilna werden heftige Schneestürme gemeldet, die auf verschiedenen Eisenbahnlinien zur teilweisen Einstellung des Verkehrs führten.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Die am 17. Dezember vom Reichstag beschlossene Lohnsteuernovelle ist im Reichsgesetzblatt vom 23. d. M. veröffentlicht. Wie sich die jetzt beschlossene Novelle bei der Lohnsteuer auswirkt, sei nachstehend kurz dargelegt. Sie bringt zweierlei:

1. Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer um 15 v. H., höchstens um 2 Mark monatlich,
2. Erhöhung der Kleinbetragsgrenze auf 1 Mark monatlich.

Ermäßigung der Steuer.

1. An der bisherigen Berechnung der Steuer ist nichts geändert worden, die Steuer ist in der gleichen Weise wie bisher zu errechnen und abzurunden. Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom 1. Januar 1928 ab um 15 v. H., jedoch höchstens

a) um 2 Mark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate,

b) um 0,50 Mark wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen,

c) um 0,10 Mark täglich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage,

d) um 0,05 Mark zweistündlich bei Zahlung des Arbeitslohns für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Um dem Arbeitgeber nicht eine neue Arbeit dadurch aufzubürden, daß er erstens den Steuerabzug in der bisherigen Weise berechnen und dann noch von dem so errechneten Steuerbetrag 15 v. H. abziehen muß, werden amtliche Tabellen, und zwar getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung, herausgegeben, aus denen er für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann.

2. Die zu 1 bezeichnete Ermäßigung gilt ganz allgemein ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer nach den geltenden Vorschriften im einzelnen Falle nach dem System der festen Abzüge, nach dem prozentualen System oder in Pauschbeträgen zu berechnen ist. Jedoch bestehen hier zwei Ausnahmen:

a) Bei einmaligen Einnahmen, die neben laufenden Bezügen gewährt werden (z. B. Tantiemen, Gratifikationen und dergl. Par. 73 EStG.) tritt eine Ermäßigung bei den einmaligen Einnahmen nicht ein; die Ermäßigung beschränkt sich auf die laufenden Bezüge; die einmaligen Einnahmen werden also ganz wie bisher besteuert.

b) Wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt und sind daher in jedem Falle 2 v. H. oder — bei Heimarbeitern — 1 v. H. vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzubehalten (Par. 74 EStG.), so ermäßigt sich die Steuer stets um 15 v. H. ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Falle. Die unter II 1 bezeichneten Höchstbeträge gelten hier also nicht.

3. Der nach Abzug der Ermäßigung verbleibende Betrag ist ebenfalls auf den nächsten durch 5 Pfg. teilbaren Betrag nach unten abzurunden. Auch das kann aus den Tabellen entnommen werden.

Nichterhebung von Kleinbeträgen.

Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er

1. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate 1 Mark monatlich,

2. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 0,25 Mark wöchentlich

nicht übersteigt. Die Kleinbeträge sind also gegenüber der bisherigen Regelung um ¼ erhöht worden.

Beispiele.

1. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern erhält einen Wochenlohn von 42 Mark. Es ist das System der festen Abzüge anzuwenden. Danach sind steuerfrei: 24 + 2.40 + 2.40 + 4,80 = 33,60 Mk. 42 — 33,60 = 8,40 Mk., davon 10 v. H. = 0,84, abgerundet 0,80 Mk. Dieser Betrag war nach der bisherigen Regelung einzubehalten. Nach der vom 1. Januar 1928 ab getroffenen Neuregelung ermäßigt sich jedoch der Steuerbetrag um 15 v. H., höchstens um 0,50 Mk. wöchentlich. 15 v. H. von 0,80 Mk. = 0,12 Mk. Die Steuer beträgt also künftig nur 0,80 — 0,12 = 0,68, abgerundet 0,65 Mk.

2. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht ein monatliches Gehalt von 450 Mk. Es ist das prozentuale System anzuwenden. Danach sind steuerfrei 100 Mk. Von dem Rest von 450 — 100 = 350 Mk. war die Steuer bisher 6 v. H. = 21 Mk. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 v. H., höchstens um 2 Mk. 15 v. H. von 21 Mk = 3,15 Mk. Die Ermäßigung darf daher hier nur mit dem Höchstbetrag von 2 Mk. berücksichtigt werden. Die einzubehaltende Steuer beträgt also 21 — 2 = 19 Mk.

In den Beispielen zu 1 und 2 ist der Steuerbetrag aus den Tabellen, die jetzt neu aufgestellt werden, ohne weiteres abzulesen.

3. Beträgt in dem Beispiel zu 1 der Wochenlohn nur 37 Mk., so betrug die Steuer bisher 10 v. H. von (37 — 33.60 =) 3,40 = 0,34, abgerundet 0,30 Mk. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 v. H., höchstens um 0,50 Mk. 15 v. H. von 0,30 = 0,045 Mk. 0,30 — 0,045 = 0,255, abgerundet 0,25 Mk. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Neben den vorstehend erwähnten Erleichterungen bringt die Novelle noch eine Erhöhung des für Leistungen nach Par. 17 Abs. 1 Ziffer 1—4 (Beiträge zu Krankenkassen, Sterbekassen, Versicherungsbeiträge usw.) vorgesehenen Abzugs von 480 auf 600 Mark und für die Haushaltsangehörigen von bisher je 100 auf je 250 Mark.

Die bezeichneten Aenderungen finden auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 31. Dezember 1927 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.

Vermischtes.

* **Sechs Todesopfer einer Dynamitexplosion.** Berlin, 28. Dez. Wie ein Abendblatt aus Bukarest meldet, ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Arad und Bukarest in einem Eisenbahnzug eine Explosion, die fünf Soldaten und einem Arbeiter das Leben kostete. Die Untersuchung ergab, daß der Arbeiter gestohlene Dynamitpatronen bei sich hatte.

* **Keine Diphtheritis auf der Insel Pellworm.** Hamburg, 28. Dez. Zu der durch die Presse gegangenen Nachricht über das Auftreten von Diphtheritis auf der Insel Pellworm und dort herrschendem Arzneimangel teilt der Gewerkschaftsbund der Angestellten mit, daß er sich mit dem auf der Insel Pellworm wohnenden Arzt Dr. Spangenberg telephonisch in Verbindung gesetzt und von diesem erfahren habe, daß auf der Insel keinerlei Diphtherie-Fälle vorgekommen und auch Medikamente in ausreichendem Maße vorhanden seien. Allerdings sei die Insel seit längerer Zeit völlig von der Außenwelt isoliert.

* **Ein Lübecker Motorsegler gestrandet.** Lübeck, 28. Dez. In der Nacht zum zweiten Weihnachtstag ist der Lübecker Motorsegler „Flottbek" von der baltischen Schiffahrtsreederei im heftigen Schneesturm an der Südspitze von Langland gestrandet. Nach den letzten Nachrichten ist das Schiff bei der Strandung dicht geblieben, so daß mit seiner baldigen Wiederflottmachung gerechnet werden kann.

* ‡ **Zu dem furchtbaren Familiendrama in München.** München, 28. Dez. Der freiwillige Tod des früheren Rechtsanwalts Geiß, der sich in der Christnacht im Untersuchungsgefängnis Neudeck mit Zyankali vergiftete, sowie dessen Ehefrau und einer seiner Töchter, die gemeinsam mit der zweiten Tochter Luise in ihrer Villa in Obermenzing bei München in derselben Nacht Veronal nahmen, ist in seinen Beweggründen noch nicht völlig aufgeklärt. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wie Geiß in den Besitz der 23 falschen Hundertmarkscheine gekommen ist, die bei seiner Festnahme bei ihm gefunden wurden. Die Kriminalpolizei durchsuchte die Villa von oben bis unten, ohne jedoch weitere Falschscheine oder Material zur Herstellung von falschen Banknoten zu finden. Man neigt der Ansicht zu, daß Geiß nicht der Hersteller, sondern der Verbreiter des Falschgeldes gewesen ist. Die Frage, wie Geiß in Gefängnis in den Besitz des Giftes bekommen ist, wird Gegenstand einer Untersuchung sein. Es wird erzählt, daß Frau Geiß ihren Mann am Weihnachtsabend besucht und ihm einen Weihnachtskuchen gebracht hat. Es ist anzunehmen, daß in dem Kuchen das Gift verborgen war und daß dieser Besuch das grauenvolle Drama einleitete. Die Tochter liegt noch immer im Krankenhause. Ihr Zustand ist heute mittag als hoffungslos erklärt worden.

* △ **Neun belgische Fischerboote verschollen.** Brüssel, 28. Dez. Die schweren Stürme, die gestern über Belgien tobten, haben auch auf der Nordsee mehrere Fischerboote überrascht. Von neun Fischerbooten liegen keinerlei Nachrichten vor.

* **Eine Fähre gesunken.** Brüssel, 28. Dez. In Clermont bei Huy sur Meuse ist eine Fähre, welche Arbeiter zur Fabrik beförderte, gekentert. Alle Insassen ertranken. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt, da es keine Augenzeugen des Vorfalles gegeben hat. Die Fähre ist gesunden worden. In der Fabrik werden drei Arbeiter vermißt.

* **Teilweise Wiederaufnahme des Verkehrs im Kanal.** Paris, 28. Dez. Das Unwetter im Kanal hat sich etwas gelegt, so daß heute nachmittag der Schiffsverkehr mit England teilweise wieder aufgenommen worden ist.

80 Indianer ertrunken.

△ **London, 28. Dez. Nach Meldungen aus Santiago ist bei der Rückkehr von einer Stammesfestlichkeit in Temuco in Chile eine Gruppe von 80 Indianern, Männer, Frauen und Kinder, im Fluß Caulin ertrunken. Die Führer des Bootes verloren in einem Strudel die Herrschaft über das Fahrzeug, das abgetrieben wurde, und an Felsen zerschellte. Alle Rettungsversuche waren erfolglos.**

Verhütung von Unfällen.

Aus dem Unfallverhütungskalender für 1928, herausgegeben von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verbande der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthenerstraße 37, ergibt sich, daß im Jahre 1925 durch maschinelle Einrichtungen (Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen) 21 Prozent der Unfälle verursacht wurden. Ein Teil dieser 21 Prozent Maschinenunfälle und, was ganz besonders ins Gewicht fällt, der überwiegende Teil der übrigen 79 Prozent sind mittelbar oder unmittelbar auf Ursachen zurückzuführen, die in den beteiligten Menschen selbst beruhen. Sie sind in der Regel die Folge mangelnder Einsicht in bestehende Gefahren oder vor Sorglosigkeit und Unaufmerksamkeit.

Zur Herabminderung dieser zum großen Teil auf mangelnde Aufklärung zurückzuführende Unfälle und der aus ihnen erwachsenden Belastung der Industrie und des Handwerks ist eine allgemeine Aufklärung der Arbeiter und ihre Mitarbeit unbedingt erforderlich. Diese zu wecken, soll Aufgabe des Unfallverhütungskalenders sein. Der Kalender ist für den Handgebrauch des einzelnen Arbeitnehmers bestimmt und infolge seines Kalendariums und der ganzen Aufmachung geeignet, während des ganzen Jahres immer und immer wieder benutzt zu werden. Dadurch ist ein Mittel gegeben, den Gedanken der Unfallverhütung in die Familie des Arbeiters zu tragen und wachzuhalten.

Dieses ausgezeichnete Mittel sollte aus menschlichen und auch aus wirtschaftlichen Gründen jedem Arbeitnehmer in Gestalt des Unfallverhütungskalenders jährlich erneut in die Hand gegeben werden. Es wird sicherlich zur allgemeineren Beachtung der von den Berufsgenossenschaften mit aller Sorgfalt durchdachten Vorschriften beitragen.

Der Preis des Kalenders ist außerordentlich gering. Er beträgt bei Einzellieferung 15 Pfg., Lieferung von 100 und mehr Stück 12 Pfg., Lieferung von 500 und mehr Stück 11 Pfg. Es würde also ein kleiner Betrieb mit 10 Arbeitern 1,50 Mark, mittlere Betriebe mit 100 Arbeitern mit 12 Mark und Großbetriebe mit 500 Arbeitern mit 55 Mark belastet werden, also mit Summen, die auch bei den heutigen Verhältnissen im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Unfallverhütung keine Rolle spielen sollten. Bestellungen auf diesen Unfallverhütungskalender nehmen die zuständigen Berufsgenossenschaften entgegen.

Luftfahrt.

Lindbergh auf dem Wege nach Guatemala.

tu **Newyork**, 28. Dez. Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, ist Oberst Lindbergh nach Guatemala abgeflogen.

Lindbergh in Guatemala eingetroffen.

Newyork, 28. Dez. Nach hier eingegangenen Meldungen ist Lindbergh heute mittag in Guatemala eingetroffen.

Lose Blätter

Das Siegel Wilhelm des Eroberers gefunden.

Eine sehr interessante Entdeckung ist dem Sekretär des Londoner Stadtarchivs Thomas gelungen. Er hat nämlich das seit langem gesuchte, für verloren geltende Siegel gefunden, das ursprünglich an der Urkunde befestigt war, in der Wilhelm der Eroberer London seine Stadtrechte zusicherte. Die losen Pergamentstreifen am Rande der Urkunde, an denen das Siegel hing, sind noch vorhanden. Das Siegel konnte man nirgends finden. Thomas, der glaubte, daß es noch irgendwo verborgen sein müsse, hat nun unter den noch nicht geordneten Dokumenten des Archivs eine eingehende Nachsuchung veranstaltet. Unter einem Haufen von verschiedenen Gegenständen stieß er auf ein rotes Säckchen, das Wachsstücke enthielt mit der Aufschrift „Fragmente eines alten Siegels". Er versuchte, die einzelnen Teile zusammenzusetzen, und mit Hilfe von Sachverständigen des britischen Museums gelang es ihm, nachzuweisen, daß diese Teile das so lange vermißte Siegel Wilhelms des Eroberers darstellen.

Ein Priester als „Arbeitsloser".

Ein nachahmenswertes Beispiel gab Pater Stanley Parker von Newcastle. Er verkleidete sich als „Arbeitsloser" und begab sich in die „Unterwelt" von Newcastle. Am Tage mischte er sich unter seinesgleichen in öffentlichen Häusern, abends schlief er mit ihnen im Asyl für Obdachlose. In die Oberwelt zurückgekehrt, sprach er über seine Erfahrungen in der Wesley-Hall. Er ist der Überzeugung, daß jene Bewohner der „Unterwelt" niemals aus sozialen noch aus ihrem geistigen Elend erlöst werden können, wenn die Christen der „Oberwelt" das Leben jener nicht aus eigener Erfahrung kennen lernten. Sein fürchterlichstes Abenteuer durchlebte er eines Nachts in einem Asyl für Obdachlose, ganz nahe bei der Kathedrale, in Gesellschaft eines der Elendsten. Als er dort eintrat, war es ihm gewesen, als betrete er die „Diebesküche" von Dickens. Am er